

Energiewirtschaftsgesetz: Dringende Maßnahmen für Netzsicherheit gefordert!

Am 6. März 2025 stehen Gesetzesänderungen zur E-Wirtschaft in Wien an, die die Energiekrise adressieren und Netzsicherheit fördern.

Vienna, Österreich - Ein massiver Umbau der heimischen Energieversorgung steht bevor! Die geplante neue Sonderabgabe für Stromerzeuger könnte die heimische E-Wirtschaft mit über 200 Millionen Euro stärker belasten, als ursprünglich gedacht. Dies berichtet [vienna.at](https://www.vienna.at), während die Regierung um eine Einigung ringt. Ein Entwurf für das Gesetz soll am kommenden Freitag beschlossen werden, dennoch bestehen Bedenken bei der ÖVP und NEOS, wie die „Presse“ hervorhebt. Auch die Wiener SPÖ zeigt sich unwohl, da die städtische Wien Energie der größte Gas-Kraftwerksbetreiber des Landes ist.

Dringliche Änderungen im Energiewirtschaftsrecht

Der Druck, temporäre Erzeugungsüberschüsse zu vermeiden, wird immer stärker. Laut [bundestag.de](https://www.bundestag.de) wird am 15. Januar 2025 ein Gesetzentwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts bereits von Experten unterstützt. Diese Maßnahmen sind sowohl notwendig für den kontinuierlichen Ausbau von Photovoltaik-Anlagen als auch wichtig für die Netzsicherheit. Es muss darunter auch die Vergütung von Erneuerbare-Energien-Anlagen in Zeiten negativer Preise angepasst werden, um eine stabilere und sicherere

Stromversorgung zu garantieren.

Die Fachwelt ist sich einig: Die Gesetzesnovelle ist für die Systemstabilität und die Vermeidung von Stromspitzen essenziell. Der Vorsitzende des Netzbetreibers 50Hertz, Stefan Kapferer, betont, dass wirksame Preissignale und Steuerungsmöglichkeiten im Stromnetz notwendig sind, um zukünftige Blackouts zu verhindern. Angesichts der exponentiellen Zunahme bei Photovoltaik-Anlagen fordert auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, die notwendigen Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen - ohne diese blüht der Bundesregierung ein massives Problem mit der Netzstabilität!

| Details | |
|----------------|---|
| Vorfall | Gesetzgebung |
| Ort | Vienna, Österreich |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.bundestag.de |

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at